

Europa und die Türkei – Stand und Perspektiven einer wichtigen Partnerschaft

Sven Bernhard Gareis/Lenya Meissner



Sven Bernhard Gareis



Lenya Meissner

Zusammenfassung

Anhand politischer Positionen in wichtigen EU-Staaten und der Türkei werden Stand und Perspektiven der seit 2005 laufenden Beitrittsverhandlungen untersucht. Allen vorhandenen Schwierigkeiten zum Trotz erscheint es wichtig, dass sich die Türkei und die EU der strategischen Bedeutung ihrer Zusammenarbeit bewusst bleiben und den EU-Beitritt der Türkei nicht aus den Augen verlieren.

Das harte Vorgehen der türkischen Regierung unter Ministerpräsident Recep Erdoğan gegen Demonstranten im Istanbuler Gezi-Park und anderenorts hat die Debatte um einen möglichen EU-Betritt der Türkei in vielen europäischen Ländern wie auch im Europaparlament wieder beflügelt. In ihrem jüngsten Fortschrittsbericht vom Oktober 2013 setzt sich auch die EU-Kommission kritisch mit der politischen Situation in der Türkei auseinander – verweist aber auch auf die trotz allen Hindernissen wachsende und aktive Zivilgesellschaft (EU-Kommission 2013: 11f.), und kündigt an, die stockenden Beitrittsverhandlungen weiterzuführen.

Fortschrittsbericht

Die Türkei bleibt ein Spezialfall in ihrem Verhältnis zu Europa: Obwohl das Land ein überaus wichtiger politischer wie auch wirtschaftlicher Partner der EU und seit mehr als einem halben Jahrhundert ein zuverlässiger NATO-Verbündeter ist, die Gespräche über eine Annäherung bis in die 1950er Jahre zurückreichen und am 12. September 1963 ein Assoziierungsabkommen zwischen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) und der Türkei unterzeichnet wurde, wurde das Land erst im Jahr 1999 als Beitrittskandidat akzeptiert. Doch während die übrigen Kandidaten aus Ost-, Mittel- und Südosteuropa vergleichsweise rasch in die Union aufgenommen wurden, dauerte es weitere sechs Jahre bis die Verhandlungen mit der Türkei – und etwa zur gleichen Zeit auch Kroatien – beginnen konnten. Während jedoch Kroatien am 1. Juli 2013 als 28. Mitgliedstaat in die EU aufgenommen wurde, scheint die Türkei von diesem Ziel noch weit entfernt zu sein. Einige EU Mitgliedstaaten sprechen sich offen gegen einen Beitritt der Türkei aus, andere behindern aktiv den

Fortschritt der Verhandlungen. Doch auch in der Türkei selbst wird – angesichts eines durch wirtschaftlichen Erfolg und politisches Gewicht in der Region gewachsenen Selbstbewusstseins – die Frage eines EU-Beitritts durchaus kontrovers diskutiert. Mit ihrer Weigerung, das EU-Mitglied Zypern als einen vollständig souveränen Staat anzuerkennen, hat die Türkei zudem ein erhebliches Hindernis für den Beitrittsprozess geschaffen, das sich auch in anderen wichtigen Bereichen – etwa der sicherheitspolitischen Zusammenarbeit zwischen EU und NATO – auswirkt.

Wo also stehen die Verhandlungen mit diesem bedeutenden, zugleich aber auch schwierigen Partner? Welches sind die Perspektiven und möglichen Ergebnisse dieses Prozesses? Diesen Fragen soll im Folgenden unter Rückgriff auf die Positionen wichtiger EU-Staaten wie auch politische Stimmungen in der Türkei selbst nachgegangen werden. Zuvor jedoch soll kurz auf die strategische Bedeutung verwiesen werden, die dem Partner an der Südost-Flanke Europas weiterhin zukommt.

1 Ein strategischer Partner

strategischer
Angelpunkt

Mit ihrer geographischen Lage und Ausdehnung von fast 800 000 Quadratkilometern bildet die Türkei einen strategischen Angelpunkt zwischen Europa, Asien und dem Mittleren Osten. Sie grenzt im Süden und Südosten an Syrien, Irak und Iran und nimmt damit eine entscheidende Position in allen Bemühungen um das Management bzw. die Eindämmung der Konflikte und Krisen in dieser Region ein. Im Westen und Norden verfügt die Türkei über lange Küsten zum Mittelmeer bzw. zum Schwarzen Meer und kontrolliert über den Bosphorus die einzige Wasserstraße zwischen den beiden Binnenmeeren – eine der dichtest befahrenen maritimen Verbindungswege überhaupt. Ihr Raum ist für die Durchleitung von Öl und Gas aus der kaspischen Region insofern von erheblicher Bedeutung, als etwa die transkaukasische Baku-Tbilisi-Ceyhan-Pipeline wie auch der Zubringer zur künftigen Transadriatischen (Gas-)Pipeline Energielieferungen aus dem kaspischen Raum nach Westeuropa unter Umgehung sowohl Russlands wie auch des Mittleren Ostens ermöglichen und so europäische Abhängigkeiten von diesen Erzeuger- und Transferländern reduzieren.

Wirtschaftsleistung

Mit einem Bruttoinlandsprodukt (2012) von rd. 840 Mrd. US-Dollar steht die Türkei an 17. Stelle in der Welt; seit einer Reihe von Jahren wächst die Wirtschaftsleistung kontinuierlich und dynamisch mit Zuwachsraten von zuletzt neun Prozent (2011), was sich auch in einer verbesserten sozio-ökonomischen Entwicklung des in seiner Gesamtheit immer noch stark zwischen der Boom-City Istanbul und der Westküste sowie den noch rückständigen Regionen in der Mitte und im Osten gespaltenen Landes ausdrückt. Die EU und die Türkei sind zudem seit 1996 in einer Zollunion verbunden. Die westeuropäischen Länder, voran Deutschland bilden denn auch die wichtigsten Exportpartner der Türkei (2011 gingen 51 Prozent der türkischen Exporte in die EU).

NATO-Mitglied

Seit ihrem NATO-Beitritt 1952 hat sich die Türkei während der gesamten Phase des Kalten Krieges als unverzichtbarer Pfeiler der Allianz in einer kriti-

schen geographischen Lage und an einer langen Grenze mit der Sowjetunion und deren Verbündeten bewährt. Ihre fortdauernde Rolle als NATO-Mitglied und enger Partner der USA in Kombination mit ihrem wachsenden eigenen Gewicht haben den regionalen Einfluss der Türkei bemerkenswert ansteigen lassen. Das politische, wirtschaftliche und kulturelle Engagement der Türkei ist in allen Ländern, die nach dem Zerfall der Sowjetunion in Zentralasien entstanden sind, unübersehbar. Gleiches gilt zunehmend für den Mittleren Osten und Nordafrika.

Gerade in dieser politischen Hinsicht kommt der Türkei auch künftig eine Schlüsselrolle zu: Die Türkei ist eine der ganz wenigen funktionierenden Demokratien in der islamischen Welt. Ihr säkulares System verbindet erfolgreich eine laizistische Demokratie mit einer durch den Islam geprägten Gesellschaft. Sie liefert damit ein eindrucksvolles Beispiel der Vereinbarkeit der Sphären von Demokratie und Religion und kann so fundamentalistischen Entwicklungen in anderen Ländern entgegenwirken. Von ihrer festen Einbindung in den euro-atlantischen Raum geht zudem ein wichtiges Signal in die islamische Welt aus, dass nämlich Vertrauen und Respekt zwischen dem christlich-abendländischen und dem muslimisch-orientalischen Kulturkreis erfolgreich aufgebaut werden können.

Diese grundlegenden strategischen Rahmenbedingungen gilt es zu berücksichtigen, wenn in den EU-Mitgliedstaaten über die Fortsetzung der Beitrittsverhandlungen mit der Türkei und deren möglichen Ausgang nachgedacht und diskutiert wird.

2 Der Verhandlungsstand in den EU-Türkei-Beziehungen

Nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges und vor dem aufziehenden Ost-West-Konflikt war es der Türkei sehr wichtig, enge Verbindungen zu den USA und Westeuropa aufzubauen. Die USA banden das Land in das *European Recovery Program* (Marshall-Plan) ein; auch wurde die Türkei rasch (Gründungs-)Mitglied westlich orientierter Institutionen wie der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) und trat 1952 der NATO bei. Nur zwei Jahre nach der 1957 erfolgten Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft bekundete die Türkei ihr Interesse an einer assoziierten Mitgliedschaft, die ihr dann 1963 im Abkommen von Ankara auch gewährt wurde. Bereits damals war das langfristige Ziel eine ordentliche Mitgliedschaft (*Embassy of the Republic of Turkey*: 2013). Im ersten Zusatzprotokoll zum Ankara-Abkommen wurde 1970 das Ziel einer Zollunion festgehalten (Zusatzprotokoll 1970), welches 1996 erreicht wurde. In der Zwischenzeit hatte die Türkei 1987 einen Antrag auf Vollmitgliedschaft in der Europäischen Gemeinschaft (EG) gestellt, was leidenschaftliche und fortdauernden Diskussionen über ihre mögliche Zugehörigkeit zum abendländischen Europa auslöste. Angesichts der Größe des Landes und der Zahl seiner Einwohner, seiner im Vergleich zu Westeuropa noch unterentwickelten Wirtschafts- und Sozialstruktur und nicht zuletzt aufgrund seiner mehrheitlich muslimischen Bevölkerung wurden zahl-

Marshall-Plan

OECD

NATO

assoziierte
Mitgliedschaft

1987 Antrag auf
Vollmitgliedschaft

reiche geographische, historische, religiöse, kulturelle oder politische Argumente gegen eine türkische Mitgliedschaft ins Feld geführt. In jüngerer Zeit erklärte der damalige Staatspräsident Frankreichs, Nicolas Sarkozy, dass die Türkei als Land mit einer hauptsächlich muslimischen Gesellschaft nicht zur EU gehöre (Kuebler: 2011); der deutsche Finanzminister Wolfgang Schäuble meinte, dass die Türkei „nicht mehr Europa“ sei und daher kein EU-Mitglied werden solle (Schäuble: 2013). Andere wiederum sind der Meinung, die EU sei momentan nicht in der Lage ein so großes und bevölkerungsreiches Land wie die Türkei aufzunehmen, ohne die eigene Stabilität und Handlungsfähigkeit zu gefährden (Bundeszentrale für politische Bildung: 2012). Unabhängig von diesen Vorbehalten jedoch hat die EU die Bewerbung der Türkei für zulässig und damit alle Gegenargumente für nicht überzeugend erklärt. Mit einiger Verzögerung und nach einigen Verwerfungen (so ließ der damalige türkische Ministerpräsident Mesut Yilmaz die Beitrittsgespräche aus Verärgerung über die Bevorzugung mitteleuropäischer Kandidaten kurzzeitig aussetzen) wurde der Türkei 1999 der Status eines Beitrittskandidaten verliehen.

Acquis
Communautaire

Um der Europäischen Union beizutreten zu können, müssen Kandidaten zunächst den sogenannten *Acquis Communautaire* übernehmen, den Gemeinschaftlichen Besitzstand, der in 35 Kapiteln die rechtlichen Regeln für die Zusammenarbeit der Staaten in der EU festlegt. Mit der Türkei indes konnten bislang nur die Verhandlungen zu einem einzigen Kapitel abgeschlossen werden (Kapitel 25: Wissenschaft und Forschung). Dreizehn weitere Kapitel sind eröffnet worden, darunter die zum freien Kapitalverkehr (4), zum Schutz geistiger Eigentumsrechte (7), zur Informationsgesellschaft und Medien (10), zur Lebensmittelsicherheit (12) oder zum Verbraucher- und Gesundheitsschutz (28) sowie zur Finanzkontrolle (32) und zuletzt im Oktober 2013 zur Regionalpolitik (22; s. EU-Kommission 2013). Von den verbleibenden Kapiteln hat der Europäische Rat acht bis zur Lösung der Zypern-Problematik blockiert, bei sechs weiteren Kapiteln verhindert Zypern fortführende Verhandlungen, bei der Wirtschafts- und Währungspolitik (17) bremst Frankreich. Nach mehr als sieben Jahren konnten so nur bescheidene Fortschritte erzielt werden; sollte sich dieses Tempo fortsetzen, würde die Türkei erst nach dem Jahr 2250 der EU beitreten können.

Interessanterweise können andere Länder einen sehr viel schnelleren Fortschritt vorweisen. Kroatien konnte alle Kapitel in sieben Jahren abschließen und trotz eines Territorialdisputes mit Slowenien im Sommer 2013 der EU beitreten. Island ist erst seit 2010 Beitrittskandidat und konnte schon elf Kapitel abschließen. Es nimmt daher nicht wunder, dass die Türkei angesichts dieser unterschiedlichen Entwicklungen unzufrieden ist. So erklärte Ministerpräsident Recep Erdoğan, die EU „did not apply these procedures to other countries. This is disrespect“ (Berberoğlu: 2013). Andererseits jedoch weigert sich die Türkei, das 2006 unterzeichnete zweite Zusatzprotokoll zum Ankara-Abkommen, in welchem die Zollunion auf die bis 2004 beigetretenen neuen EU-Mitglieder ausgedehnt wird, auch auf Zypern anzuwenden.

Auch bei der türkischen Bevölkerung lässt sich Enttäuschung feststellen: Waren 2005, als die ersten sechs Kapitel des *Acquis Communautaire* eröffnet wurden, noch 74% der Bevölkerung für einen EU-Beitritt, befürworteten 2012

nur noch 38% einen solchen Schritt (Kabaalioğlu: 2012). Angesichts einer im Vergleich zu Weltregionen wie Asien oder Amerika scheinbar sinkenden politischen Macht und abnehmendem ökonomischen Gewicht der EU werden in der Türkei Stimmen laut, die fordern, sich auf andere Partner zu konzentrieren. Auch habe es die Türkei nicht nötig, sich einigen EU-Staaten anzubiedern, die das Land in der EU nicht willkommen heißen und daher den Beitrittsprozess absichtlich behindern.

Die Regierung von Premierminister Erdoğan scheint sich diese Perzeptionen zu Herzen zu nehmen. Auch da die Türkei in den letzten Jahren wirtschaftlich Erfolge vorzeigen konnte, scheint es an Selbstvertrauen nicht zu fehlen. So wurde im Frühjahr 2012 zum Beispiel bekannt, dass die Türkei es in Erwägung zieht bei der Shanghaier Organisation für Zusammenarbeit (SCO) oder beim Verband Südostasiatischer Nationen (ASEAN) eine Mitgliedschaft zu beantragen. Besonders die SCO sei eine Alternative zur EU, so Erdoğan, da sie mächtiger sei und gleiche Werte wie die Türkei vertrete (Berberoğlu: 2013). Im Oktober 2012 erklärte er, die EU „will lose Turkey“ sollte das Land bis 2023 (dem Hundertjährigen Bestehen der Republik Türkei) noch immer kein EU-Mitglied sein.

Shanghaier
Organisation für
Zusammenarbeit
(SCO)
Verband
Südostasiatischer
Nationen (ASEAN)

Nichtsdestotrotz schreitet der Demokratisierungsprozess in der Türkei unaufhaltsam voran. Angetrieben durch die Perspektive einer EU-Mitgliedschaft wurden viele Reformen durchgesetzt, so zum Beispiel die Akzeptanz der kurdischen Sprache vor Gericht. Obwohl einige der neuen Gesetze noch nicht vollständig umgesetzt wurden und noch weiterhin Reformbedarf besteht, lässt sich nicht bestreiten, dass die Türkei in den letzten Jahren deutliche Fortschritte in Richtung Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und Marktwirtschaft gemacht hat (Europäische Kommission: 2012). Es scheint also, dass die Regierung von Recep Erdoğan weiterhin einen EU-Beitritt der Türkei anstrebt.

3 Positionen ausgewählter EU-Staaten zum Beitritt der Türkei

Zwar werden die Beitrittsverhandlungen auf EU-Seite durch die Europäische Kommission geführt, dennoch spielen die Mitgliedstaaten in dem Prozess eine bedeutende Rolle, da die Akzeptanz eines möglichen Ergebnisses und damit die Entscheidung über einen Beitritt der Türkei maßgeblich von ihnen abhängt. Daher sollen – bevor auf die innenpolitische Situation in der Türkei eingegangen wird – die Positionen einiger wichtiger EU-Staaten vorgestellt werden.

Deutschland

Die nach den Wahlen vom 22. September 2013 aus dem Amt gehende Bundesregierung kann nicht als aktive Unterstützerin eines Beitritts der Türkei bezeichnet werden. Insbesondere Bundeskanzlerin Angela Merkel hat immer wieder die Formel einer „privilegierten Partnerschaft“ der Türkei ins Gespräch gebracht, mit der eine enge Anbindung des Landes unterhalb der Schwelle einer EU-Mitglied-

schaft umschrieben wird. Allerdings hat die Bundeskanzlerin auch wiederholt erklärt, dass sie zu früheren Versprechen stehe und ehrliche Beitrittsverhandlungen führe. Konkret bedeutet dies, dass Deutschland kein Veto gegen eine Aufnahme der Türkei einlegen würde, wenn diese eines Tages die Beitrittskriterien erfüllt (Merkel: 2012). Dennoch scheint es, als würde die Bundesregierung den Prozess eher verzögern wollen, etwa als im Sommer 2013 vorgeschlagen wurde, angesichts der Übergriffe im Gezi-Park die Beitrittsverhandlungen auszusetzen.

Andererseits erklärten der deutsche und der türkische Außenminister erst im Mai 2013 in einem von der Frankfurter Allgemeinen Zeitung veröffentlichten gemeinsamen Artikel, dass die Verhandlungen über eine türkische EU-Mitgliedschaft weitergeführt werden sollten, weil der derzeitige Stillstand sowohl der Türkei als auch Europa schade (Westerwelle/Davutoğlu: 2013). Dies kann als Beleg dafür gelten, dass die deutsche Position gegenüber der EU-Mitgliedschaft der Türkei nicht so ablehnend ist, wie es zuweilen den Eindruck hat. Tatsächlich lehnen von den im 18. Bundestag vertretenen Parteien nur große Teile der CDU/CSU eine türkische Vollmitgliedschaft ab, während alle anderen Parteien diese entweder befürworten (Bündnis 90/Die Grünen) oder ergebnisoffene Verhandlungen führen wollen.

Frankreich

Während der Regierungszeit von Staatspräsident Nicolas Sarkozy galt Frankreich als Gegner eines EU-Beitritts der Türkei. In dieser Zeit unterstützte Frankreich die Sperrung von fünf Kapiteln des *Acquis Communautaire*, was ein erhebliches Hindernis für den Fortschritt der Beitrittsverhandlungen darstellte (Insel: 2012). Nachdem Sarkozy im Mai 2012 die französischen Präsidentschaftswahlen gegen seinen sozialistischen Herausforderer François Hollande verlor, lässt sich die französische Position gegenüber einem EU-Beitritt der Türkei weniger klar darstellen. Einerseits stimulierte Hollande die Beitrittsverhandlungen im Februar 2013 durch die Ankündigung, das französische Veto für Kapitel 22 (Regionalpolitik und Koordination der strukturpolitischen Instrumente) aufzuheben und das für Kapitel 17 (Wirtschafts- und Währungspolitik) zu überdenken. Andererseits hatte Hollande ein noch unter seinem Vorgänger verabschiedetes Gesetz unterstützt, welches die Leugnung des türkischen Genozids an den Armeniern unter Strafe stellte. Nach dessen Rückweisung durch den französischen Verfassungsrat versprach Hollande ein ähnliches Gesetz zu entwerfen (Vinocur: 2013). Ein solcher Schritt würde jedoch unweigerlich zu erheblichen diplomatischen Konflikten mit der Türkei führen – eine Unterstützung des türkischen EU-Beitritts durch die französische Regierung kann hieraus nicht abgelesen werden.

Vereinigtes Königreich

Die seit 2010 im Amt befindliche Koalitionsregierung unter Premierminister David Cameron steht einem Beitritt der Türkei positiv gegenüber. Nur einen Monat nach seiner Ernennung zum Premierminister reiste Cameron nach An-

kara, wo er erklärte „Turkey is vital for our economy, vital for our security and vital for our politics and diplomacy“. Gleichzeitig nannte er sich selbst den „strongest possible advocate“ für einen türkischen EU-Beitritt (Cameron: 2010). Im Juli 2013 wiederholte er diesen Standpunkt und erläuterte „it will be good for the EU and Turkey, if Turkey were to join the EU“ (Anadolu Agency: 2013). Da auch die zwei weiteren großen Parteien, die Labour Partei sowie Camerons Koalitionspartner die Liberaldemokraten einen Beitritt der Türkei in die EU befürworten, kann erwartet werden, dass das Vereinigte Königreich weiterhin ein starker Unterstützer des Beitrittsprozesses bleibt.

Griechenland

Griechenland ist bekannt als ein Gegner eines EU-Beitritts der Türkei. Mehrere Probleme zwischen den beiden Ländern behindern gute Beziehungen, unter anderem Diskussionen über Hoheitsrechte in der Ägäis und Minderheitenrechte von Griechen bzw. Türken im jeweils anderen Land. Der Umstand, dass die Türkei der EU beitreten möchte und Griechenland diesbezüglich ein Veto-Recht hat, verschafft Griechenland ebenso wie Zypern einen diplomatischen Vorteil gegenüber der Türkei. Zugleich ist Griechenland aber aufgrund seiner schlechten wirtschaftlichen Lage auf gute ökonomische Beziehungen mit der prosperierenden Türkei angewiesen, was zu insgesamt verbesserten Beziehungen geführt hat. Trotz diesen Entwicklungen ist es nicht zu erwarten, dass Griechenland einen Beitritt der Türkei in die EU befürwortet, bevor das Zypernproblem gelöst ist.

Zypern

Zypern und die Türkei sind durch eine lange Geschichte von Problemen verbunden. Die Situation auf der Insel ist eines der wichtigsten Hindernisse auf dem Weg der Türkei in die EU, da die EU beschlossen hat, den Beitritt der Türkei von einer Lösung der Zypernfrage abhängig zu machen. Die Türkei erkennt die Souveränität der zyprischen Regierung über die gesamte Insel nicht an, sondern betrachtet – als weltweit einziges Land – die Türkische Republik Nordzypern als unabhängigen Staat. Allerdings muss auch gesehen werden, dass in dem 2004 auf der Grundlage des nach dem damaligen VN-Generalsekretär benannten Annan-Plans durchgeführten Referendum eine Mehrheit der türkischen Nord-Zyprer für eine Vereinigung beider Inselteile stimmte, während sich im südlichen Landesteil 75 Prozent dagegen aussprachen. Eigentlich hatte die EU die Beilegung des Konflikts zu einer Bedingung für die Aufnahme ganz Zyperns in die Union gemacht – gewährte dem Land dann aber trotz der Verweigerung des Südens die Mitgliedschaft.

Auch die Tatsache, dass Nikos Anastasiades seit Februar 2013 die zyprische Regierung anführt, gibt Aufschluss darüber, was für Entwicklungen in der Zypernfrage erwartet werden können. Im Jahr 2004 war Anastasiades einer der wenigen griechisch-zyprischen Politiker, die den Annan-Plan befürworteten. Dessen Scheitern führte zu einem großen Vertrauensverlust der griechischen

Zyprer in Anastasiades, was bei diesem wiederum ein Umdenken bewirkt haben mag. Im Wahlkampf vertrat er harte Positionen gegenüber dem türkischen Norden, die ihm nun wenig Spielraum zur konstruktiven Politikgestaltung lassen. Große Veränderungen auf Zypern, die einen EU-Beitritt der Türkei erleichtern würden, können also nicht erwartet werden.

Es sollte jedoch beachtet werden, dass sowohl auf der griechisch-zyprischen als auch auf der türkisch-zyprischen Seite der jeweiligen politischen Führungsschichten Konsens über die Notwendigkeit einer Konfliktlösung besteht. Gleichzeitig ist es aber nicht zu übersehen, dass der Fokus der zyprischen Regierung momentan eher auf Lösung der finanziellen Probleme des Landes liegt (Morelli: 2013).

4 Die politische Debatte in der Türkei

Partei für
Gerechtigkeit und
Aufschwung

Die größten Fortschritte auf dem Weg hin zu einer EU-Mitgliedschaft hat die Türkei unter der Führung von Ministerpräsident Recep Erdoğan und seiner „Partei für Gerechtigkeit und Aufschwung“ (Adalet ve Kalkınma Partisi, AKP) erzielt. Die erst 2001 von Politikern anderer politischer Gruppierungen gegründete Partei erreichte bei den vorgezogenen Parlamentswahlen 2002 einen Erdrutschsieg und erwarb die absolute Mehrheit der Sitze im Parlament. In den darauffolgenden Wahlen 2007 und 2011 konnte die Partei ihre Ergebnisse jeweils sogar noch steigern, 2011 bis auf 49,8% und 327 Parlamentssitze, so dass die Partei aktuell in der dritten Legislaturperiode in Folge ohne Koalitionspartner regieren kann.

Strömungen, die
eine strengere
Achtung des Islam
fordern

Die AKP beansprucht, eine aufgeklärt-islamische, sozial-konservative Partei zu sein, die eine weitere wirtschaftliche Liberalisierung des Landes und möglichst offene Handelsbeziehungen anstrebt, vor allem mit der EU. Da viele AKP-Mitglieder strenggläubige Muslime sind (Wood: 2013), war in der EU zunächst die Sorge verbreitet, die Türkei könnte ihre laizistische Politik aufgeben und schrittweise die Religion zur Leitlinie politischen Handelns machen. Nach über zehn Jahren in der Regierung haben sich diese Befürchtungen jedoch nicht bestätigt. Vorstöße wie der Versuch, Kopftuchtragen an Universitäten oder im öffentlichen Dienst zu erlauben, können kaum als schleichender Beginn einer islamischen Republik bezeichnet werden. Dennoch wäre es falsch zu sagen, in der AKP gebe es keine Strömungen, die eine strengere Achtung des Islam fordern. Einige Mitglieder lehnen es ab, sich an westlichen Ideen von Liberalisierung und Freiheit zu orientieren, gerade im Bezug auf religiöse und Moralvorstellungen. So wird zum Beispiel behauptet, die EU zerstöre die traditionelle Familie und fördere sexuelle Erfahrungen junger Leute (Ermagan: 2011). Mit diesen Verweisen lehnen einige Strömungen innerhalb der AKP einen EU-Beitritt der Türkei ab.

Ministerpräsident Erdoğan's EU-Politik kann als zwiespältig betrachtet werden: Einerseits hat er die Tür für Beitrittsverhandlungen geöffnet und kann so als Unterstützer eines künftigen Beitritts betrachtet werden. Andererseits verweigert er zyprischen Schiffen den Zugang zu türkischen Häfen – was ei-

nem Verstoß gegen das zweite Zusatzprotokoll zur Zollunion und damit einem erheblichen Verhandlungshindernis gleichkommt. Einige Beobachter mutmaßen gar, dass die AKP den Verhandlungsprozess nutze, um etwa die Macht des Militärs als einem Pfeiler der laizistischen Ordnung zu reduzieren, nicht aber um wirklich einen EU-Beitritt zu erlangen (Baykam: 2013).

Die zweitwichtigste Partei im Parlament ist mit 135 Sitzen die Republikanische Volkspartei (Cumhuriyet Halk Partisi, CHP). Ihre Vorgängerin, die Volkspartei, wurde 1923 von Staatsgründer Kemal Atatürk ins Leben gerufen. Die CHP ist seit 2002 die stärkste oppositionelle Kraft in der Türkei. Als Anhängerin des Atatürk'schen Modernisierungsmodells sieht sie traditionell die EU-Annäherung als Teil der Westorientierung der Türkei. Allerdings regen sich auch in der CHP die Euroskeptiker: Zum einen befürchten sie, dass die von der EU verlangten Reformen den religiösen Kräften einen so breiten Handlungsspielraum verschafft haben, dass der säkulare Staat in Gefahr sei. Aber auch die EU selbst mit ihren immanenten Souveränitätsbeschränkungen stünde im Widerspruch zur kemalistischen Staatsidee. Auch könnte die von der EU immer wieder geforderte Stärkung der Regionen innerhalb der Türkei zu separatistischen Tendenzen und damit zu einer Bedrohung der türkischen Identität führen (s. Alaranta: 2012).

Republikanische
Volkspartei

Diese Debatten zu den Vor- und Nachteilen einer türkischen EU-Mitgliedschaft verdeutlichen die Auffassungsunterschiede, die zwischen den CHP Reformern unter Parteichef Kemal Kılıçdaroğlu und den traditionellen Kemalisten bestehen. Diese Uneinigkeit in so entscheidenden Fragen könnte auch ein Grund dafür sein, dass die CHP bisher nicht viel Nutzen aus den Protesten gegen Erdoğans wachsenden Autoritarismus ziehen konnte. Seçkin Barış Gülmez hält es gleichwohl für möglich, dass bei fortdauernder Polizeigewalt und weiteren Versuchen zur Einschränkung von bürgerlichen Rechten durch religiös inspirierte Gesetze die AKP-Regierung doch an Unterstützung verlieren und ein neues Momentum in Richtung EU-Beitritt auslösen könnte (s. Gülmez: 2013).

Von den beiden kleineren Parteien im türkischen Parlament, der Partei der Nationalistischen Bewegung (Milliyetçi Hareket Partisi, MHP) mit 51 Sitzen und der Partei des Friedens und der Demokratie (Barış ve Demokrasi Partisi, BDP) mit 29 Sitzen tritt die letztere als entschiedene Unterstützerin des EU-Prozesses auf, während die nationalistische MHP dem keine Priorität einräumt, ihm aber auch nicht mehr entgegenarbeitet.

Das breite Meinungsspektrum bezüglich einer EU-Mitgliedschaft reflektiert einen „ongoing internal contest of identity definition concurrent with the disputed enterprise of EU accession“ (Wood 2013: 272f.). Wood kritisiert die Tendenz, die türkischen Identitätsdiskurse als eine Dichotomie zwischen säkularen Kemalisten und einem von der Sharia geleiteten religiösen Lager aufzufassen. Seiner Auffassung nach gleicht die politische Landschaft in der Türkei einem „patchwork of ethnicities, denominations, statist nationalisms, the remnants of class allegiances, and newer alternative politics“, welches die Hervorbringung eines gesellschaftlichen Konsenses in dieser Frage schwierig macht.

5 Mögliche Zukunftsszenarien

Blickt man auf die lange Geschichte, welche die EU und die Türkei verbindet, verwundert die große Skepsis auf beiden Seiten bezüglich einer weiteren Annäherung und schlussendlichen Integration. Dies gilt umso mehr, als sich die EU ja nicht als ein rein wirtschaftlicher und schon gar kein religiöser Klub wahrnimmt, sondern zuvorderst als eine politische Union und zunehmend auch als eine Sicherheitsgemeinschaft. Aber die türkische Mitgliedschaft in der EU ist eben keine technische Frage, die mit der Erfüllung einiger Kriterien gelöst würde, sondern ein höchst komplexes politisches Unternehmen, das auf beiden Seiten auf große Ängste stößt. In Mitteleuropa herrschen Sorgen vor einer Flut von Arbeitsmigranten aus der Türkei ebenso wie Beklommenheit gegenüber der islamischen Prägung einer mehr als 75 Millionen Menschen umfassenden Gesellschaft. In der Türkei scheinen sich gewachsenes Selbstbewusstsein und Unsicherheiten über den eigenen weiteren Entwicklungspfad die Waage zu halten. Entsprechend wird Vorsicht gegenüber grundlegenden Richtungsentscheidungen, wie sie ein EU-Beitritt nun einmal wäre, an den Tag gelegt.

Wie könnte es weitergehen? Drei Zukunftsszenarien erscheinen denkbar:

1. Szenario In einem ersten Szenario bewegt sich die Entwicklung auf einen mittelfristig erfolgenden EU-Beitritt der Türkei zu. Hierzu wären weitere innenpolitische Reformen in der Türkei mit Blick auf Demokratie, Zivilgesellschaft, Rechtsstaatlichkeit – eventuell nach einem demokratisch herbeigeführten Machtwechsel von der AKP zu den Modernisierern um CHP-Chef Kemal Kılıçdaroğlu – ebenso erforderlich, wie die Unterstützung eines solchen Prozesses durch die EU, namentlich ihre noch zaudernden größeren Staaten wie Deutschland und Frankreich, aber auch Griechenland und Zypern. Unterstützt werden könnte dieser Trend durch die Einsicht in der EU, dass angesichts der globalen Machtverschiebungen in der Welt, des Aufstiegs Chinas und des Schwenks der USA in Richtung Asien die Vorzüge einer Verbindung mit einem bewährten Partner wie der Türkei gegenüber den zweifellos vorhandenen Nachteilen und Schwierigkeiten überwiegen. Auch wenn dieses Szenario angesichts der politischen Situation in der Türkei wie auch in Deutschland und Frankreich nicht allzu wahrscheinlich sein mag, bleibt es in der mittelfristigen Perspektive sicher eine realistische Option.

2. Szenario In einem zweiten Szenario verharrt die Türkei in einer Art Zwischenposition, weil sich die EU weder zu einer Aufnahme noch zu einer wirklichen Zurückweisung durchringen kann. Technische Verbesserungen in Richtung einer privilegierten Partnerschaft wären denkbar, etwa die Visa-Freiheit für türkische Bürger oder engere Abstimmungen in außen- und sicherheitspolitischen Fragen. Auch könnte das Öffnen und verhaltene Abarbeiten neuer Kapitel des *Acquis* Teil einer solchen Hinhaltestrategie sein. Dieses Szenario könnte in der Tat das realistischste für die nähere Zukunft sein – aber auch das riskanteste: Es besteht die Gefahr, dass sich die Türkei an den Rand gedrängt sieht und als Folge dieses unschlüssigen und wenig respektvollen Umgangs sein Interesse an einem EU-Beitritt vollständig verliert. Damit käme der EU eine wichtige Brücke in den islamischen Kulturkreis abhanden.

In einem dritten Szenario würde ein EU-Beitritt der Türkei rasch ausgeschlossen, sei es durch eine Zurückweisung durch die EU, sei es durch eine Rücknahme des türkischen Beitrittswunsches. In beiden Fällen wäre dann eine Revision des bisherigen türkischen Modernisierungsprozesses, insbesondere im Bezug auf Demokratie und Rechtsstaatlichkeit, zu erwarten – was für keine der beiden Seiten als eine attraktive Option gelten kann.

3. Szenario

6 Fazit

In den vergangenen Jahren sind die Beitrittsverhandlungen mit der Türkei nur äußerst schleppend vorangegangen. Dies hat – wie aufgezeigt wurde – seine Gründe in Sorgen und Bedenken sowohl in der EU wie auch in der Türkei. Dabei gerät jedoch aus dem Blick, dass beide Seiten einander nicht nur viel zu geben haben, sondern in vielfacher Hinsicht auch voneinander abhängig sind. Eine Europäische Union, die um eine moderne und prosperierende Türkei bereichert und verstärkt wäre, wäre gegenüber den Herausforderungen einer globalisierten Welt mit neuen Mächten breiter und besser aufgestellt. Die Türkei wird sich bei aller neu gewonnenen Kraft auf Dauer nicht ohne die feste Einbindung in eine starke Gemeinschaft als regionaler Einflussfaktor im Mittleren Osten und Eurasien etablieren können.

Bis die EU und die Türkei eine Beziehung etabliert haben, in der eine Integration für beide Seiten erfolgsversprechend ist, wird noch einige Zeit ins Land gehen. Sich dies gegenseitig klarzumachen, ist ein Gebot realistischer Verhandlungen. Zugleich aber erscheint es wichtig, den EU-Beitritt der Türkei gemäß Szenario eins nicht aus dem Blick zu verlieren. Er ist für beide Seiten die historische Chance zu zeigen, dass die Verbindung zwischen christlicher und muslimischer Welt nicht nur möglich ist, sondern auch außerordentlich erfolgreich gestaltet werden kann.

Literatur und Quellen

- Alaranta, Toni (2012): Contemporary Kemalist Intellectuals – Europeanizers against Europe? Central Asia-Caucasus Institute, Silk Road Studies Program. Abgerufen unter <http://www.silkroadstudies.org/new/inside/turkey/2012/121121B.html> am 18.09.2013
- Anadolu Agency (2013): British PM underlines Turkey's progress over last decade amid Gezi Park protests, in: The Journal of Turkish Weekly am 15.06.2013. Abgerufen unter <http://www.turkishweekly.net/news/151807/> am 03.09.2013
- Baykam, Bedri (2013): „The Empire of Fear is Dead“, in: The European am 19 Jun 2013. Abgerufen unter <http://www.theeuropean-magazine.com/bedri-baykam/7057-protest-in-turkey> am 17.09.2013
- Berberoğlu, Enis (2013): EU not a Must for Turkey – PM Erdoğan, in: Hurriyet Daily News vom 06.02.2013. Abgerufen unter <http://www.hurriyetaidailynews.com/eu-not-a-must-for-turkey-pm-erdogan-.aspx?pageID=238&nID=40567&NewsCatID=338> am 25.08.2013
- Bundeszentrale für politische Bildung (2012): Vor 10 Jahren: EU beschließt Beitrittsverhandlungen mit der Türkei. Abgerufen unter <http://www.bpb.de/politik/hintergrund-aktuell/151464/10-jahre-beitrittsverhandlungen-mit-der-tuerkei> am 17.09.2013

- Cameron, David (2010): PM's speech in Turkey, in: Gov.UK am 27.07.2010. Abgerufen unter <https://www.gov.uk/government/speeches/pms-speech-in-turkey> am 03.09.2013
- Embassy of the Republic of Turkey (2013): Turkey and EU. Abgerufen am 29. August 2013 unter http://web.archive.org/web/20070927211417/http://www.turkishembassy.org/index.php?option=com_content&task=view&id=57&Itemid=235
- Ermagan, Ismail (2011): EU-Skeptizismus in der Türkei, Die Haltungen der türkischen Parteien CHP, MHP und AKP. Erfurt: Max-Weber Kolleg für kultur- und sozialwissenschaftliche Studien
- Europäische Kommission (2012): Turkey 2012 Progress Report. Abgerufen am 17. Oktober 2013 unter http://ec.europa.eu/enlargement/pdf/key_documents/2012/package/tr_rapport_2012_en.pdf am 03.09.2013 http://ec.europa.eu/enlargement/pdf/key_documents/2013/package/tr_rapport_2013.pdf
- Europäische Kommission (2013): Turkey 2013 Progress Report. Abgerufen unter
- Gülmez, Seçkin Barış (2013): The EU Policy of the Republican People's Party under Kemal Kılıçdaroğlu: A New Wine in an Old Wine Cellar. *Turkish Studies*, 14:2, 311-328
- Hudson, Alexandra (2012): The European Union will lose Turkey if it doesn't grant it membership by 2023, Turkish Prime Minister Tayyip Erdoğan said on Tuesday, in: Reuters am 30.10.2012. Abgerufen unter <http://www.reuters.com/article/2012/10/30/us-germany-turkey-idUSBRE89T1TG20121030> am 25.08.2013
- Insel, Ahmet (2012): Boosting Negotiations with Turkey: What can France do? In: *Global Turkey in Europe Policy Brief 04*, Nov 2012. Abgerufen unter http://www.iai.it/pdf/GTE/GTE_PB_04.pdf am 19.09.2013
- Kabaalioglu, Haluk (2012): Turkey's Relations with the European Union: Customs Union and Accession Negotiations, in: Müller-Graff, Peter-Christian/ Kabaalioglu, Haluk (Hrsg): *Turkey and the European Union. Different Dimensions*, Baden-Baden: Nomos Verlagsgesellschaft, S. 11-24.
- Kübler, Martin (2011): Turkey not fit for EU accession: Sarkozy, in: *Deutsche Welle* am 26 Feb 2011. Abgerufen unter <http://www.dw.de/turkey-not-fit-for-eu-accession-sarkozy/a-14875593> am 19.09.2013
- Merkel, Angela (2012): EU-Beitritt der Türkei. Merkel verspricht Ehrlichkeit, in: *N-TV* am 31.10.2012. Abgerufen unter <http://www.n-tv.de/politik/Merkel-verspricht-Ehrlichkeit-article7625096.html> am 03.09.2013
- Morelli, Vincent (2013): Cyprus: Reunification proving elusive, in: *Congressional Research Service* am 25.06.2013. Abgerufen unter <http://www.fas.org/sgp/crs/row/R41136.pdf> am 17.09.2013
- Schäuble, Wolfgang (2013): „Türkei ist nicht mehr Europa“ in: *DiePresse.com* vom 03.07.2013. Abgerufen unter http://diepresse.com/home/politik/eu/1426314/Schaeuble_Tuerkei-ist-nicht-mehr-Europa am 19.09.2013
- Vinocur, Nick (2013): Hollande to stand by ban on Armenian genocide denial, in: *Reuters* am 9.07.2012. Abgerufen unter <http://www.reuters.com/article/2012/07/09/us-france-turkey-genocide-idUSBRE8680O020120709> am 15.09.2013
- Westerwelle, Guido/Davutoğlu, Ahmet (2013): Seite an Seite in die Zukunft, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 11 Mai 2013. Abgerufen unter <http://www.faz.net/aktuell/politik/europaeische-union/guido-westerwelle-und-ahmet-davutoglu-seite-an-seite-in-die-zukunft-12179330.html> am 18.09.2013
- Wood, Steve (2013): Turkey and Europe: Identity and Other Crises, in: *Turkish Studies*, 14:2, S. 272-291.
- Zusatzprotokoll (1970): Abgerufen unter [http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=CELEX:21970A1123\(01\):DE:HTML](http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=CELEX:21970A1123(01):DE:HTML) am 19.09.2013.